

Ein spannendes Jahr liegt vor, ein bemerkenswertes hinter uns

Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold blickt auf die aktuelle Situation im Handwerk und auf die Themen, die in 2021 fürs Handwerk wichtig werden **VON MARION BUCHHEIT**

Herr Reichhold, das vergangene Jahr lief wohl für uns alle völlig anders, als wir uns das vorgestellt hatten. Deshalb zunächst zur aktuellen Lage. Wir befinden uns nach wie vor im Lockdown. Wie ist die Situation im Landeshandwerk?

Zuerst - Wir tragen die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit. Angesichts der Infektions- und leider auch Todeszahlen bleiben der Politik wohl kaum Alternativen. Allerdings wird jede Verlängerung der Maßnahmen die ohnehin dramatische Lage vieler Handwerksbetriebe weiter verschärfen. Besonders betroffen, weil sie schon seit Monaten nicht öffnen dürfen, sind beispielsweise Friseur- und Kosmetikbetriebe. Dazu kommen die Lebensmittelhandwerke wie Bäcker oder Metzger, was ihr gastronomisches Angebot und ihre Leistungen für Veranstaltungen angeht. Auch für Schreiner, Textil- und Gebäudereiniger, die ihre Aufträge über Veranstaltungen, Messen, Gastronomie oder Hotels generieren, bedeuten die Schließungen harte Einschnitte. Für Brauereien fällt mit der Gastronomie der wesentliche Absatzkanal weg. Viele Betriebe im Bau- und Ausbaugewerbe sind dagegen zurzeit noch gut ausgelastet. Allerdings bereiten uns auch hier in jüngerer Zeit zurückgehende Aufträge Sorgen.

Was muss passieren, damit die Handwerksbetriebe kalkulieren können und eine Perspektive haben?



Rainer Reichhold ist Präsident des Baden-Württembergischen Handwerksstags.

Foto: KD Busch/BWHT

Zentral ist, dass die wirtschaftlichen Hilfen des Bundes nicht nur angekündigt, sondern auch schnell ausbezahlt werden. Eine Novemberhilfe, die im Januar immer noch nicht vollständig ausgezahlt ist, verdient ihren Namen nicht. Das gilt auch für Hilfsprogramme wie die Überbrückungshilfe 3. Außerdem dürfen die Hürden für eine Inanspruchnahme der Hilfen nicht zu hoch gesetzt werden. Auch 40 oder 50 Prozent Umsatzausfall über mehrere Monate sind für einen

gesunden Betrieb kaum ohne Unterstützung zu kompensieren.

Generell gilt: Die Hilfsprogramme werden immer komplizierter, teilweise sind sie kaum noch verständlich. Das muss schnell besser werden. Steuerrechtliche Corona-Erleichterungen wie vereinfachte, zinslose Stundungen sollten auch im kommenden Jahr weiter gelten; die Insolvenzpflicht muss weiter ausgesetzt bleiben. Und auch bei der Impfstrategie muss mehr Tempo rein, damit Lockerungen schnell möglich werden.

Kommen wir weg von der wirtschaftlichen Lage. Wie sieht es in diesem Jahr bei Aus- und Weiterbildung aus, was steht hier auf Ihrer Agenda?

Zum einen müssen wir natürlich Betriebe und potenzielle Auszubildende zusammenbringen - Corona hin oder her. Die Handwerkskammern im Land starten in den nächsten Wochen hierzu mit dem „Azubi-Speed-Dating“ ein umfassendes Projekt. Grundlegend etwas ändern, nicht nur coronabedingt, muss sich dieses Jahr bei unseren Bildungsstät-

ten. Das Handwerk betreibt in Baden-Württemberg rund 60 Bildungszentren für Aus-, Weiter- und Fortbildung. Sie spielen für die berufliche Zukunft junger Menschen eine entscheidende Rolle. Kurzfristig brauchen wir Planungssicherheit für prüfungsrelevante Kurse. Entscheidend ist aber auch, dass sowohl die Angebote als auch die Einrichtungen selbst zukunftsfähig finanziert werden - mehr als bisher von Land und Bund.

2021 ist ein Doppel-Wahljahr, im Land stehen im März Wahlen an, im Bund im Herbst. Wie positioniert sich das Handwerk im Land?

Unter dem Motto „Entlasten.Fördern. Wertschätzen.“ haben wir sehr konkrete Erwartungen an die neue Landesregierung formuliert, unter anderem in den Bereichen Ausbildung, Klima und Digitalisierung. Denn es wird auch eine Zeit nach Corona geben. Und für Handwerkerinnen und Handwerker sind andere Fragen nicht weniger bedeutend. Wie finden Betriebe einen Nachfolger? Und wo genügend Fachkräfte und Auszubildende? Wie schaffe ich es, mich gegen große Online-Plattformen zu behaupten? Und vor allem: Wird meine Arbeit, meine Leistung, mein Handwerk wertgeschätzt? Hier brauchen unsere Betriebe Unterstützung. Denn eines ist nicht erst seit Corona klar: Ohne das Handwerk würde im Land nur wenig laufen.

Für ein besseres Miteinander in Europa

Serie 6/8: Forderungen des Handwerks zur Landtagswahl 2021

Das E in Handwerk steht für Europa. Die meisten Gesetze und Regelungen, die Handwerker unmittelbar treffen, haben ihren Ursprung bei der Europäischen Union (EU). Gleichzeitig können nur gemeinsame europäische Anstrengungen die Interessen der mittelständischen Betriebe im globalen Wettbewerb schützen - insbesondere in der Digitalwirtschaft. Mit Blick auf die Landtagswahl im März 2021 fordert der Baden-Württembergische Handwerksstag (BWHT) daher, die Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit innerhalb der EU zu vereinfachen.



Der BWHT fordert die Einrichtung eines Europäischen Normenkontrollrats.

Foto: BWHT

KMU-freundliche Politik

Das Handwerk fordert das „Think-Small-First-Prinzip“ und den KMU-Test konsequent anzuwenden, um so die Folgen neuer Gesetzesvorlagen besser abschätzen zu können. Ebenso wichtig: Die Einrichtung eines Europäischen Normenkontrollrats. Dieser soll auf Belastungen durch gesetzliche Regelungen hinweisen und Vorschläge zum Abbau von Bürokratie hinlegen. Auch kann damit der Neustart nach der Krise für die Betriebe vereinfacht werden. Das Handwerk fordert auch, den European Green Deal realistisch zu gestalten. Die Anforderungen hinsichtlich Nachhaltigkeit bei Kreditwürdigkeit und Förderfähigkeit dürfen nicht so hoch sein, dass die Handwerksbetriebe als Umsetzer der Energiewende ausfallen.

Binnenmarkt vollenden

Bestehende Initiativen grenzüberschreitender Kooperationen wie „Vier Motoren für Europa“ sollen ausgeweitet werden. Auch soll die

unbürokratische Abwicklung der Entscheidung von Mitarbeitern und der Dienstleistungserbringung ermöglicht werden. Von besonderem Interesse: Der Abbau nicht-tarifärer Hemmnisse bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung in den Nachbarstaaten Frankreich, Österreich und der Schweiz.

Datenzugang sichern

Das Handwerk fordert den Erlass einer EU-Plattformverordnung. Marktbeherrschende Plattformen mit bestimmten Mindestumsätzen oder Nutzerzahlen müssen eindeutige Verhaltensregeln auferlegt werden. Ebenso muss gewährleistet werden, dass Handwerksbetriebe einen fairen Echtzeitzugang zu den erhobenen Daten erhalten. Zudem ist es wichtig, die Portabilität von Daten zu verbessern, um sowohl die Nutzer in ihrer Entscheidungsfreiheit, als auch das Handwerk in seiner Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. **sh**

Alle Forderungen des Handwerks in Kurz- (Broschüre) oder Langform (Positionspapier) gibt es unter www.bwht.de/landtagswahl

Neue Projekte und mehr Unterstützung für Betriebe

Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“: Auch im neuen Jahr zahlreiche Angebote für Handwerkerinnen und Handwerker

Pünktlich zum Weihnachtsfest hatte das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau das Go gegeben: Im Rahmen der Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“ wurden neue Projekte und die Fortführung etablierter Förderinstrumente bewilligt. Damit werden auch in diesem Jahr Handwerksbetriebe im Land zu den Themen Personal, Strategie und Digitalisierung unterstützt.

„Wir freuen uns sehr, dass durch die Zusage des Wirtschaftsministeriums mehrere Teilprojekte unserer Zukunftsinitiative ‚Handwerk 2025‘ gleich zu Beginn des Jahres Klarheit haben. Denn der Druck auf Handwerksbetriebe, sich schnell an neue Trends anzupassen, wird immer größer. Gleichzeitig werden sie durch die aktuelle Krisensituation enorm herausgefordert. Schön, dass wir sie durch die Fortsetzung der Intensivberatung wie auch durch neue, innovative Modellprojekte und Digitalisierungs-Werkstätten mit ‚Handwerk 2025‘ im neuen Jahr weiter unterstützen können“, sagt Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

Förderung von bis zu acht Beratungstagen

Die Intensivberatung von „Handwerk 2025“ bietet umfassende Unterstützung für Handwerksbetriebe. Mit der Beratung werden Zukunftsthemen, Technologie- und Marktentwicklungen individuell für den eigenen Betrieb ermittelt und dann das Geschäftsmodell danach ausgerichtet. Pro Betriebe und Thema werden bis zu acht Beratungstage gefördert

- zu einem Tagessatz von nur 350 Euro. Neu in diesem „Handwerk 2025“-Jahr: Eine Studie unter Projektsteuerung der Handwerkskammer Konstanz, die die Auswirkungen der Megatrends Globalisierung, Digitalisierung, Klimaschutz oder Alterung der Gesellschaft auf die Wirtschaftsbranche Handwerk ermittelt



- Titel: „New Work: Der Einfluss von Megatrends und Geschäftsmodellinnovationen auf die Arbeit im Handwerk der Zukunft - konkretisiert anhand einer Zukunftsvision für das Schreinerhandwerk“. Das Projekt wird im Rahmen der Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“ des Landes Baden-Württemberg mit 84.500 Euro bezuschusst.

Überblick dank digitaler Baumappte

Die Abstimmung der an einer Baustelle beteiligten Gewerke ist seit jeher eine Herausforderung. Die Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“ nimmt sie an und will mit einer digitalen Baumappte für Überblick sorgen. Ziel der entsprechenden Digitalisierungs-Werkstatt ist, alle Beteiligten (Mitarbeiter, Büros, Chefs, Kunden, Partner etc.) miteinander zu vernetzen, alle wichtigen betrieblichen Informationen eines Baupro-

jekts in einer gemeinsamen digitalen Baumappte zu sammeln und verfügbar zu halten. Die BWHM GmbH, die Wirtschafts- und Servicegesellschaft des Baden-Württembergischen Handwerksstags (BWHT), plant mit sechs Betrieben unterschiedlicher Gewerke ins Projekt zu starten. Die Ergebnisse sollen anschließend in einem Leitfaden zur Verfügung gestellt werden.

Zukunftsthemen für ein Gewerk erkennen

In einem weiteren Modellprojekt, das bei der Handwerkskammer Region Stuttgart angesiedelt ist, sollen erfolgreiche und innovative digitale Geschäftsmodelle identifiziert, in ihrer Struktur analysiert und medial aufbereitet werden. Dazu soll es Erfahrungsaustausch-Gruppen geben, in denen die identifizierten Unternehmen ihre Geschäftsmodelle vorstellen und so gezielt den Wissenstransfer befördern. Zuletzt wurde auch die geförderte Intensivberatung von „Handwerk 2025“ bewilligt. Sie unterstützt Handwerksbetriebe dabei, Zukunftsthemen, Technologie- und Marktentwicklungen für ihr Gewerk zu erkennen und ihr Geschäftsmodell danach auszurichten. Zudem werden Themen wie Personalentwicklung, Wissensmanagement, Arbeitgebermarke und Gesundheitsmanagement behandelt. Die Intensivberatung wird ebenfalls von der BWHM verantwortet. **mb**

Alle Informationen finden Betriebe unter www.handwerk2025.de/strategie/intensivberatung-fuer-das-handwerk

KURZ INFORMIERT

Krisenberatung Corona verlängert

Die baden-württembergische Landesregierung hat ihr Corona-Krisenberatungsprogramm bis Mitte 2021 verlängert und um weitere 1,8 Millionen Euro aufgestockt. „Kleine und mittlere Unternehmen, Soloselbstständige und Angehörige der freien Berufe benötigen weiterhin Unterstützung bei der Bewältigung der Corona-Krise“, sagt Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut und verweist darauf, dass es häufig kleine Betriebe und Selbstständige seien, die sich an die Beratungsdienste wenden. Für das Handwerk ist die Beratungsgesellschaft für Handwerk und Mittelstand GmbH (BWHM) zuständig, von der Corona-Pandemie betroffene Betriebe können dort kostenfrei Hilfe zu verschiedenen Themenschwerpunkten erhalten. **jn**

www.bwhm-beratung.de

EEG-Novelle: Kein großer Wurf

Zum Jahreswechsel ist die Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) in Kraft getreten. Das Gesetz soll den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Der Baden-Württembergische Handwerksstag (BWHT) hatte im Vorfeld Verbesserungen angemahnt, die aber im parlamentarischen Verfahren nur punktuell berücksichtigt wurden.



Das EEG soll den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Doch der BWHT ist dem Gesetz nicht zufrieden. Foto: www.amh-online.de

Entsprechend fällt das Fazit von Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold aus: „Leider ist die EEG-Novelle kein großer Wurf geworden - weder für die Energiewende noch für Handwerksbetriebe.“ Dass der auf größeren Dächern erzeugte Solarstrom nicht selbst genutzt werden kann, sondern in das Netz eingespeist werden muss, bedeute gravierende Nachteile für Anlagen größer 300 kW. Wer diesen eingespeisten Strom vollständig vergüten lassen will, muss an einer Auktion teilnehmen. Dies dürfte Investoren abschrecken, so Reichhold weiter.

Dass alternativ zumindest die Hälfte des erzeugten Stroms ohne Auktionsteilnahme für Anlagen bis 750 kW vergütet werden kann, reiche bei weitem nicht aus. „Für Betreiber von Photovoltaikanlagen mit geringen Stromeigenverbräuchen - beispielsweise auf Lagerhallen - bedeutet dies eine erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit.“ Außerdem biete die Novelle keine Antwort auf das Kernproblem, wie mit dem viel zu geringen vorgesehenen Ausbaupfad die Energiewende, gerade mit Blick auf die neuen Klimaschutzziele der EU erfolgreich werden soll. **jn**

IMPRESSUM

Verantwortlich: Oskar Vogel, Redaktion: Marion Buchheit, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart, Tel. 0711/263709-105, E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de